

Amtsmanager 2007

Kategorie Anlagengenehmigungen

<p><u>Projekthandbuch zur Verfahrens- und Terminkonzentration - Die Anlagengenehmigung von Großprojekten und Großveranstaltungen in spätestens 4 bis 6 Wochen</u></p>	<p>Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See - Anlagenbehörde</p> <p>BH Mag. Martin Huber Mag. Gerald Leitner Marianne Salzl Claudia Unger</p>	<p>3. Hauptpreis 1.000 €</p>	<p>Stahl Judenburg GmbH</p>  <p>Stahl Judenburg GmbH · seit 1906 · Edelstahl</p>
<p><u>Beschleunigung von Betriebsanlagenverfahren in Oberösterreich</u></p>	<p>Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Abt. Gewerbe Abt. Umwelt- und Anlagentechnik Abt. Wasserwirtschaft Wirtschaftskammer Oberösterreich</p> <p>HR Ing. Dr. Hermann Felbermayr Dr. Werner Schiffner, MBA HR Dr. Ulrike Jäger-Urban w.HR Dipl.Ing. Peter Pfeffer Ing. Dr. Heinz Moosbauer</p>	<p>1. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>Bank Austria-Creditanstalt AG</p> 
<p><u>Benchmarking des Landes Salzburg zur Verfahrensbeschleunigung bei Betriebsanlagen-genehmigungen</u></p>	<p>Amt der Salzburger Landesregierung - Landesamtsdirektion - Stabsstelle für zentrale Aufgaben Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung BH Tamsweg BH Hallein BH St. Johann BH Zell am See</p> <p>Ing. Arno Klement Dr. Karin Gföllner Dr. Dieter Motzka Dr. Ulrike Dengg Dr. Werner Schwarzmann Mag. Harald Wimmer</p>	<p>1. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>ARA Altstoff Recycling Austria AG</p> 

Amtsmanager 2007

Kategorie: Umwelt und Verkehr

<p>Hohe Sicherheitsstandards bei Gefahrguttransporten - Regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen Behörde und Wirtschaft</p>	<p>Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie - Abteilung II/ST8 - Gefahrgut und Containersicherheit</p> <p>MR Dr. Gustav Kafka Mag. Othmar Krammer MR Dr. Friedrich Kirchnawy Johann Mayerhofer Dr. Wilhelm Stolz</p>	<p>3. Hauptpreis 1.000 €</p>	<p>Compass-Verlag GmbH</p>  <p>Compass-Gruppe Information für Ihren Vorteil</p>
<p>Fernfahrerstammtische - Eis und Schnee auf Lkw-Dächern</p>	<p>Europäisches Parlament (Brüssel, Weimar/Thüringen)</p> <p>PHK i.R. Rainer Bernickel MdEP Dr. Dieter L. Koch</p>	<p>3. Hauptpreis 1.000 €</p>	<p>Wisur Wirtschaftsauskunftei Maria Wisur Ges.m.b.H.</p>  <p>WISUR Wirtschaftsinformationen</p>
<p>Gemeinsame Maßnahmen der MA 48 und des Handels gegen das illegale Abstellen von Einkaufswägen</p>	<p>Magistrat der Stadt Wien - MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark</p> <p>Ing. Franz Bischof</p>	<p>2. Hauptpreis 1.500 €</p>	<p>voestalpine AG</p>  <p>voestalpine EINEN SCHRITT VORAUSS.</p>
<p>"HORA - Hochwasserrisikozone Austria" - Gefahrenerkennung per Mausclick</p>	<p>Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - Abteilung VII/5 - Schutzwasserwirtschaft Abteilung VII/3 - Wasserhaushalt LFRZ - Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH - GIS - Geo-Informationen-System VVO - Versicherungsverband Österreich</p> <p>Dipl.Ing. Dr. Heinz Stiefelmeyer Dipl.Ing. Reinhold Godina Dipl.Ing. Wolfgang Tinkl Dr. Thomas Hlatky</p>	<p>1. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>Uniqa Group Austria</p>  <p>UNIQA</p>

Dialog zwischen Behörde und Wirtschaft zur internationalen Gefahrgutgesetzgebung

Amtsmanager 2007: MR Dr. Gustav Kafka, Mag. Othmar Krammer, MR Dr. Friedrich Kirchnawy, Johann Mayerhofer, Dr. Wilhelm Stolz

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: Abteilung II/ST8 - Gefahrgut und Containersicherheit, Abteilung II/ST 8 - Gefahrgut, Radetzkystrasse 2, 1030 Wien, Tel.: 01 711 62 - 65 5152, E-mail: st8@bmvit.gv.at

3. Hauptpreis: 1000 EURO; Kategorie Umwelt und Verkehr

1. Problembeschreibung

Zur Aktualisierung der sehr komplexen Gefahrguttransportvorschriften findet auf internationaler Ebene alljährlich eine Reihe von Tagungen statt, meist am Sitz der UNO in Genf. Basis für alle nationalen und modalen Gefahrgutbestimmungen bildet das auf Ebene der Vereinten Nationen erstellte „Orange Book“ mit Empfehlungen für den Transport gefährlicher Güter. Diese Modell-Vorschriften werden von den 43 ADR-Vertragsparteien (Staaten) bzw. den 42 OTIF-Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinsamen Tagung (Eisenbahn, Straße, Binnenschifffahrt) abgestimmt und von weiteren Arbeitsgruppen in verbindliche Regelwerke für die einzelnen Verkehrsträger beispielsweise von der UNECE-WP.15 für die Straße übernommen. Derzeit werden in diesen Gremien die Vorschriften für ADR/RID/ADN 2009 finalisiert und die Änderungen 2011 bereits diskutiert.

2. Lösungsvorschlag

Um eine optimale Berücksichtigung der österreichischen Interessen sicher zu stellen, findet seit sechs Jahren ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen den österreichischen Vertretern bei diesen Tagungen und betroffenen Unternehmen statt. Dabei stellen die jeweiligen Delegierten die geplanten Entwicklungen dar und werden ihrerseits mit besserem Fachwissen und Kenntnissen aus der Praxis ausgestattet. Dadurch gelingt es, fachlich fundiert und rechtzeitig auf die Vorschriftengestaltung Einfluss zu nehmen. Die Gestaltung von Tagungsteilnahmen kann so effizienter erfolgen. Nicht nur zu internationalen, sondern auch zu nationalen Gesetzesänderungen (Novellen Gefahrgutbeförderungsgesetz, GefahrgutbeförderungsVO, Einführung eines Mängelkatalogs) fand / findet ein ausführlicher Dialog mit der verladenden und Beförderungswirtschaft statt. Ergebnisse dieses Dialogs finden auch im Gefahrguttransport-Vollzugserlass Berücksichtigung.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Aufgrund der Besprechungen konnte die Meinungsbildung auf breiter Ebene vor sich gehen und wurde darauf Bedacht genommen, praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten. Solche Lösungen verringern ganz erheblich den Verwaltungsaufwand für Behörden und Wirtschaft, da hier bereits im Vorfeld Problembereiche besprochen und gelöst werden können - ganz im Gegensatz zur häufig vorkommenden "Anlassgesetzgebung".

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse

Im Zusammenhang mit den Gefahrgut-Besprechungen kann von Best Practice gesprochen werden, da durch diese die Basis geschaffen wird, gemeinsam (Behörde und Wirtschaft) über Vorhaben zu sprechen. Vor der Versendung von Gesetzesentwürfen zur Begutachtung verfügen die behördlichen Experten über direkt eingebrachtes Know How.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Diese Form des Dialogs, die im Bereich der Behördenkooperation eher seltener institutionalisiert wurde, ist auch in anderen Fachbereichen wünschenswert. Der Dialog

leistete einen wesentlichen Beitrag, das Niveau von Safety und Security bei Beförderungsvorgängen weiter anzuheben.

Fernfahrerstammtische - Räumung von Schnee und Eis von Lkw-Dächern

Amtsmanager 2007: Polizeihauptkommissar i.R. Rainer Bernickel, Europareferent für Verkehrssicherheit; MdEP Dr. Dieter L. Koch, Vorstandsmitglied des ETSC (European Transport Safety Council)

Bundesrepublik Deutschland: Adresse: Zedernweg 6, D-48165 Münster, Tel.: 0049 2501 261699, E-mail: rbernickel@t-online.de; Europäisches Parlament, Dr. Dieter L. Koch Rue Wirtz ASP 10 E 258, B-1047 Brüssel, 0032 22847761, E-mail: dkoch@europarl.eu.int

3. Hauptpreis: 1000 EURO; Kategorie Umwelt und Verkehr

1. Problembeschreibung

Wenn Eis und Schnee nicht vor Fahrtantritt von den Dächern der Lkw geräumt werden, stellen diese eine erhebliche Gefahr für die übrigen Verkehrsteilnehmer dar. Den Lenkern stehen kaum adäquate Ausstattungen zur Verfügung, außerhalb des Unternehmensgeländes Räumungen durchzuführen und die Schneelasten bzw. die (bis 10 kg schweren) Eisschollen von den Fahrzeugdächern zu beseitigen. Des Weiteren sollte durch gezielte Information eine Bewusstseinsänderung bei den Lenkern erzielt werden, um Fehlverhalten zu vermeiden (Nichteinhaltung des erforderlichen Abstandes, mangelnde Ladungssicherung, Überschreiten der zulässigen Geschwindigkeit, Nichteinhaltung der Gurtanlegepflicht).

2. Lösungsvorschlag

Durch den Aufbau eines Partnernetzwerkes wurde ein flächendeckendes Netz an Räumorten geschaffen. Zusätzlich wurde die Industrie motiviert, technische Nachrüstungen zur Räumung der Dachlasten auf den Markt zu bringen. Am 6. Juni 2000 stellte PHK i.R. Bernickel den bundesweit ersten Fernfahrerstammtisch vor. Derzeit bestehen 38 Fernfahrerstammtische in 14 Bundesländern. Diese finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt. Sie greifen aktuelle Themen auf und informieren über immer wiederkehrende Probleme z.B. mit Eis und Schnee auf Lkw-Dächern.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Bisher wurden in Überwachungsbereichen der Autobahnpolizei 89 Schnee- und Eis-Räumungsstellen in 14 Bundesländern eingerichtet. Herr MdEP Koch initiierte die Übernahme dieses Konzeptes in den Verkehrssicherheitsmaßnahmenkatalog der EU-Kommission. Österreichische Standorte bestehen es in Salzburg (A1 Walsertal) oder sind geplant in Vorarlberg (A14 Hohenems). 50 Polizeibeamte aus 14 Bundesländern pflegen als Stammtischmoderatoren laufenden Informationsaustausch (elektronische Vernetzung, jährliche Fachkonferenz, ab 2007 erstmals mit internat. Beteiligung). Einige europäische Nachbarländer haben dieses Verkehrssicherheitskonzept schon erfolgreich übernommen.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse
Ergänzend bieten die Autobahnpolizei und ihre Partner in der Verkehrssicherheitsarbeit Fachinformationen in den Betrieben an. Diese neuartige Form der Kooperation steigert die Handlungssicherheit in der Praxis. Die Zahl schwerer Verkehrsunfälle sinkt.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Das in Münster durch PHK i.R. Rainer Bernickel eingerichtete Sorgentelefon wird überdurchschnittlich gut von den Fahrern angenommen. Bundesweit ersuchten bisher über 1200 Lenker/innen um Auskünfte zu ihren Problemen. Die Fernfahrerstammtische sowie die Schneeräumungsvorrichtungen leisten einen wertvollen Beitrag zur Anhebung der Verkehrssicherheit und zur Senkung der Unfallzahlen. Durch gezielte Fachinformation und Präventionstätigkeiten wird das Leben anderer Verkehrsteilnehmer geschützt und werden

zugleich die Bemühungen der EU Kommission, die Zahl der Verkehrstoten auf den europäischen Verkehrswegen bis 2010 zu senken, unterstützt.

Gemeinsame Maßnahmen von MA 48 und Handel gegen das illegale Abstellen von Einkaufswagen

Amtsmanager 2007: Ing. Franz Bischof (Projektleiter)

Bundesland Wien: Magistrat der Stadt Wien - MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, Einsiedlergasse 2, 1050 Wien, Tel.: 01 588 17 96221, E-mail: bis@m48.magwien.gv.at

2. Hauptpreis: 1500 EURO; Kategorie Umwelt und Verkehr

1. Problembeschreibung

Zunehmend wurden in Wien Beschwerden über illegal abgestellte Einkaufswagen auf öffentlichen Verkehrsflächen bzw. im Bereich von Wohnhausanlagen bekannt und kritisiert.

2. Lösungsvorschlag

- Klärung der rechtlichen Voraussetzungen zur Verhinderung des illegalen Abstellens von Einkaufswagen außerhalb der Liegenschaften der Handelsketten, z.B. Festlegung der Verantwortlichkeit für die Entfernung der Einkaufswagen.
- Intensivierte Sammlung durch beauftragte Firmen der Handelsketten bzw. MA 48
- Start einer Aufklärungskampagne für die Wiener Bevölkerung
- Bewusstseinsbildung bei den Verantwortlichen in den einzelnen Supermärkten durch die Leitung der Handelsketten
- Unterstützung der Handelsketten durch die Stadt Wien bei der Aufklärungsarbeit durch Schaltung von Inseraten, Gesprächen vor Ort mit den Kunden usw.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Seit 2003 wird die Problematik der illegalen Einkaufswagen von der MA 48 thematisiert. Via WKÖ wurden alle Handelsketten angesprochen und zur Mitarbeit bei der Problemlösung ersucht. Die MA 48 hat eine Tarifikalkulation für die Leistungen der MA 48 bei Sammlung, Lagerung und Ausgabe der Einkaufswagen durchgeführt. Ergänzend erfolgten folgende Aktivitäten: Erfassung aller Problemstellen in Wien, Bereitstellung von Infomaterial für die Handelsketten und zur Anbringung in großen Wohnhausanlagen, "Rote Karten Aktion" gemeinsam mit der MA 55-Bürgerdienst und der MA 67-Parkraumüberwachung in Bereichen verstärkter Abstellung von Einkaufswagen, Regelmäßige Auswertungen durch das Beschwerdemanagements der MA 48 und des Bürgerdienstes, um rascher auf Änderungen bei den Abstellungsgewohnheiten reagieren zu können, geordnete, d.h. nach Einkaufsketten sortierte Ausgabe der Einkaufswagen von einer zentralen Sammelstelle in Wien Simmering, Entsorgung nicht mehr funktionstüchtiger bzw. unreparabler Einkaufswagen nach Angabe der Abholer durch die MA 48. Der Bürgerdienst der MA 48 leitet Beschwerden über illegal abgestellte Einkaufswagen, soweit die Firmenbezeichnung bekannt ist, den Handelsketten direkt an eine E-mail Adresse weiter.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Durch die Festlegung eines Rückführungsprogramm der Einkaufswagen im Einklang mit den Liegenschaftseigentümern wurden Beschädigungen (an den Einkaufswagen) verhindert (Schutz des Eigentums).

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Durch die systematisierte und rasche Sammlung werden Gefährdungen auf öffentlichem Gut verhindert. Die Ausgabe der Einkaufswagen an die für die Handelsketten tätigen Sammlerfirmen stellt die Rückführung der Einkaufswagen sicher. Durch das rasche Reagieren auf die Beschwerden der MA 48 wird ein ordentliches Stadtbild gewahrt. Durch

intensive Öffentlichkeitsarbeit mit den Handelsketten und der Handelskammer wurde ein erhöhtes Umweltbewusstsein geschaffen.

HORA - Hochwasserrisikozone Austria - Gefahrenerkennung per Mausclick

Amtsmanager 2007: Dipl.Ing. Dr. Heinz Stiefelmeyer, Dipl.Ing. Reinhold Godina, Dipl.Ing. Wolfgang Tinkl, Dr. Thomas Hlatky

Lebensministerium: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - Abteilung VII/5 - Schutzwasserwirtschaft, Abteilung VII/3 - Wasserhaushalt; LFRZ - Land-, forst- und wasserwirtschaftliches Rechenzentrum GmbH - GIS - Geo-Informationssystem; VVO - Versicherungsverband Österreich; Adresse: Marxergasse 2, 1030 Wien, Tel.: 01 71100 7138, E-mail: heinz.stiefelmeyer@lebensministerium.at

1. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie Umwelt und Verkehr

1. Problembeschreibung

Österreich wurde in den letzten Jahren von schweren Hochwasserkatastrophen heimgesucht, zuletzt im Frühjahr 2006 an der March (NÖ). Aufgrund der damit verbundenen verheerenden Schäden war und ist das Ziel, künftig große Schadenpotenziale zu erfassen und besser zu bewerten. Zentrale Erkenntnisse aus dem Hochwasser 2002, aufgearbeitet in der Studie "FloodRisk" (u.a. Förderung des Gefahrenbewusstseins der Bevölkerung, Aufzeigen der Grenzen aktiver Schutzmaßnahmen, angepasste Nutzung gefährdeter Räume), sollen dabei berücksichtigt werden.

2. Lösungsvorschlag

Aufbau einer internetbasierenden Plattform, die verschiedene Naturgefahren auf einer benutzerfreundlichen Oberfläche leicht erkennbar macht. Nur mit dem Wissen über eine Gefahr kann im Ereignisfall rasch und richtig reagiert und zu einer entsprechenden Schadensminderung beigetragen werden.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Seit 1. Juni 2006 ist es möglich, auf einer Internetplattform (www.hochwasserrisiko.at) eine erste Gefahrenabschätzung für das Risiko einer möglichen Überschwemmung entlang von insgesamt mehr als 26 000 Flusskilometern mittels Adresseneingabe zu erhalten. Mit 1. November 2006 wurde ein weiteres Modul „Gefahrenzonenplan / HW-Anschlagslinien“ freigeschaltet, welches das bestehende Modul „Hochwasserrisikozone Austria“ ergänzt. Die Erstellung einer Hagelkarte ist derzeit im Aufbau und eine Freischaltung ist für 2008 vorgesehen. Mit mehr als 15 Millionen Zugriffen innerhalb der ersten neun Monate ist die Homepage die erfolgreichste des BMLFUW und verdeutlicht das Interesse der Öffentlichkeit an Daten betreffend Naturgefahren ist.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Neben dem einfachen und raschen Abruf der möglichen Hochwassergefährdung über das Internet in einer digitalen Gefahrenlandkarte, die der Ersteinschätzung des Risikos dienen soll, ist mit diesem Instrumentarium auch eine Optimierung und Prioritätenfestlegung im notwendigen Hochwasserschutz für Gemeinden, Länder und Bund möglich. Den Versicherungen ermöglicht HORA ein effizientes Risikomanagement. HORA kann für Vorsorgemaßnahmen zur Schadensminimierung oder die Standortwahl eines Unternehmens eine Entscheidungsgrundlage liefern.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

HORA stellt einen wichtigen Beitrag zur Risikokommunikation dar und nimmt bereits Teile der EU-Hochwasserrichtlinie, die auch einen starken Focus nach verstärkter Information für

die Bevölkerung beinhaltet, vorweg. Der führende Standard Österreichs in Europa im Bereich der Wasserwirtschaft bleibt damit erhalten bzw. wird noch ausgebaut.

Amtsmanager 2007

Kategorie Kommunalverwaltung (Städte und Gemeinden)

<p>ELAK-Government-Verbund - Verwaltungskooperation: Elektronischer Akt für Städte und Gemeinden</p>	<p>Gemeinden/Markt-/Stadtgemeinden Gföhl, Gedersdorf, Rohrendorf bei Krems, Albrechtsberg an der großen Krems, Furth bei Göttweig, Paudorf, Gemeindeverband für Abgabeneinhebung und Umweltschutz (alle Krems-Land) Amstetten (Bezirk Amstetten) Donau-Universität Krems - Zentrum für E-Government Unisys Österreich GmbH</p> <p>STADir. Anton Deimel AL Martin Nessler AL Eveline Schwarzl AL Wolfgang Mayrhofer AL Herwig Klein AL Dieter Ott Gerhard Wildpert Mag. Peter Schragl Mag. Dr. Peter Parycek, MAS Christian Schieb</p>	<p>3. Hauptpreis 1.000 €</p>	<p>Saubermacher Dienstleistungs AG</p> 
<p>Muttersprachliche Internetportale auf www.wien.at Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Türkisch</p>	<p>Magistrat der Stadt Wien - MA 17 - Integrations- und Diversitätsangelegenheiten</p> <p>Kooperationspartner: wien.at-Redaktion (PID) Magistrat der Stadt Wien - MA 35 - Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Standesamt</p>	<p>2. Hauptpreis 1.500 €</p>	<p>Telekom Austria AG</p> 
<p>Energiesysteme der Zukunft für die Gemeinden in der "Energierregion Strudengau"</p>	<p>Gemeinden/Markt-/Stadtgemeinden Allerheiligen im Mühlkreis, Windhaag bei Perg, Rechberg, Arbing, Bad Kreuzen, Baumgartenberg, Dimbach, Klam, Mitterkirchen im Machland, Münzbach, Naarn im Machlande, Pabneukirchen, St. Nikola/Donau, St. Thomas/Blasenstein, Saxen, Waldhausen im Strudengau, Grein, Perg</p> <p>Vize-Bgm. Josef Bindreiter AL Karl Schmidtberger (Projektleiter)</p>	<p>1. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>Kommunalkredit Public Consulting GmbH</p> 

Standardisierte Gemeindeverwaltung durch ELAK für Gemeinden und Städte

Amtsmanager 2007: STADir. Anton Deimel (Projektleiter) sowie Vertreter der Gemeinden/Marktgemeinden/Stadtgemeinden Furth bei Göttweig, Gedersdorf, Gföhl, Rohrendorf, Paudorf, Albrechtsberg (Bezirk Krems-Land), Gemeindeverband im Bezirk Krems, Stadtgemeinde Amstetten (Bezirk Amstetten), Donau-Universität Krems, Unisys Österreich GmbH

Bundesland Niederösterreich: Stadtgemeinde Gföhl, Hauptplatz 3, 3542 Gföhl, Tel.: 02716 63260, E-mail: anton.deimel@gfoehl.gv.at

3. Hauptpreis: 1000 EURO; Kategorie Kommunalverwaltung

1. Problembeschreibung

Behördenerledigungen für die Wirtschaft und die Bürger werden von den einzelnen Gemeinden trotz gleicher Rechtslage oft sehr unterschiedlich gehandhabt. Das bedeutet Zeitverlust, finanzielle Nachteile und Unzufriedenheit. Kleinere Gemeinden können sich Prozessanalysen nicht leisten, um einheitliche Standards zu schaffen bzw. einen Elektronischen Akt (ELAK) einzuführen.

2. Lösungsvorschlag

Verwaltungs- bzw. Gemeindekooperationen zur Entwicklung eines Elektronischen Aktes (im Rahmen des ELAK Government Verbund) etablieren einheitliche Standards in Verfahrensabläufen sowie einen einheitlichen Aktenplan. In Niederösterreich werden bis 2010 in allen 21 Bezirken in Gemeinschaftsprojekten (3 - 5 Gemeinden) Prozessanalysen Verwaltungsabläufe durchgeführt. Sämtliche Neuentwicklungen stehen im Rahmen des ELAK Government Verbunds allen teilnehmenden Gemeinden zur Verfügung.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Gemeindemitarbeiter von 6 Gemeinden des Bezirkes Krems untersuchten 35 Behördenerledigungen bzw. Situationen (z.B. Meldung einer defekten Straßenlampe, Erteilung einer Baubewilligung). Darauf aufbauend erfolgte die Implementierung in eine für jede Gemeinde leistbare Standardsoftware „Government Office“ basierend auf dem Microsoft Office Sharepoint Server 2007. Ein nach dem E-Governmentgesetz ausgerichteter Aktenplan (gruppiert nach Leistungsbereichen und Leistungsgruppen) soll österreichweit eine einheitliche Verwaltungserledigung sicherstellen (Protokollierung, Aktenzahlvergabe, Aktenablage). Durch die Beteiligung der Stadtgemeinde Amstetten wird die Anzahl der untersuchten und umgesetzten Prozesse weiter erhöht.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse

Die Sicherstellung einheitlicher Verfahren über Gemeindegrenzen hinweg führt für die Wirtschaft zur transparenten Verfahrensabwicklung. Die elektronische Akteneinsicht für die Wirtschaft und den Bürger kann ohne Medienbrüche durchgeführt werden und bringt Zeitersparnis bei der Aktensuche (Zeitgewinn 40-50%). Vorgänge können parallelisiert vorgenommen werden, indem der Akt von verschiedenen Personen gleichzeitig bearbeitet

wird (Beschleunigung des Verfahrensablaufes). BürgerInnen und UnternehmerInnen kann bei Anfragen rasch Auskunft erteilt werden (Information auf Knopfdruck).

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Der ELAK gewährleistet durch einen gemeinsamen Aktenplan und standardisierte Verfahrensabläufe eine einheitliche Rechtsanwendung durch systematisierte Hilfestellung für den Sachbearbeiter und stellt eine rechtskonforme Verfahrensabwicklung in den Gemeinden und Städten sicher. Die elektronische Vernetzung zwischen Bund, Land und Gemeinde wird gewährleistet und kann vertieft werden. Es steht eine einfach bedienbare, aber zugleich leistungsfähige, hoch skalierbare Standardsoftware zur Verfügung.

Liste der Projektteilnehmer bzw. Mitglieder des Teams:

Gemeinden / Marktgemeinden / Stadtgemeinden

Gemeinde Gedersdorf, Bgm. Franz Gartner, Martin Nessler
Gemeinde Rohrendorf bei Krems, Bgm. Dr. Rudolf Danner, Eveline Schwarzl
Marktgemeinde Furth bei Göttweig, Bgm. Martha Löffler, Herwig Klein
Marktgemeinde Paudorf, Bgm. Karl Brugger, Dieter Ott
Marktgemeinde Albrechtsberg a d großen Krems, Bgm. Ingrid Kleber, Wolfgang Mayrhofer
Stadtgemeinde Amstetten, Bgm. Herbert Katzengruber, Mag. Peter Schragl
Stadtgemeinde Gföhl, Bgm. Ök.-Rat Karl Simlinger, STA.Dir. Anton Deimel
Gemeindeverband im Bezirk Krems, Obmann Bgm. Walter Harauer, Gerhard Wildpert
Donau-Universität Krems, Dr. Peter Parycek, MAS
Unisys Österreich GmbH, Christian Schieb

Amtsmanager 2007: MA 17 (Projektleitung)

Bundesland Wien: Magistrat der Stadt Wien - MA 17 - Integrations- und Diversitätsangelegenheiten sowie wien.at-Redaktion (PID) und MA 35 - Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Standesamt; MA 17 - Friedrich-Schmidt-Platz 3, 1080 Wien, Tel.: 01 4000 81542, E-mail goran.novakovic@m17.magwien.gv.at

2. Hauptpreis: 1500 EURO; Kategorie Kommunalverwaltung

1. Problembeschreibung

Das Projekt "Muttersprachliche Internetportale wien.at" in Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Türkisch (<http://www.wien.gv.at/bh-hr-sr/> bzw. <http://www.wien.gv.at/tr/>) wurde ein Jahr vorbereitet und ist seit Mitte Jänner online. Die Grundlage bildet die "Willkommensmappe" der MA 35, die die MA 17 zusammen mit der wien.at -Redaktion (PID) "internettauglich" bearbeitet hat.

Auf ca. 200 Internet-Seiten finden die NeuzuwanderInnen nach Wien (die größten sprachlichen Gruppen) die wichtigsten Informationen aus verschiedenen Gebieten des Alltagsleben wie: Verwaltung, Aufenthalt, Arbeit, Kinder und Schule, Wohnen, Gesundheit, Frauen, Freiheit, Kultur usw. Auf der jeweiligen Seite findet der/die UserIn neben der Beschreibung der Leistungen/gesetzlichen Lage u.ä. auch die Adresse, Kontaktmöglichkeiten und Öffnungszeiten der Behörden bzw. Beratungsstellen.

2. Lösungsvorschlag

Die Innovation für die Stadtverwaltung besteht darin, dass sich die KundInnen schon im Vorfeld besser informieren können, wodurch sie sich ebenso besser (z.B. auf Behördentermine) vorbereiten können. Es entfällt teilweise das oft mühsame Informieren auf Deutsch, das die KundInnen noch nicht so gut beherrschen, wodurch den Behörden mehr Zeit für die konkrete Tätigkeit bleibt. Die muttersprachlichen Informationen sind auch ein Zeichen der Offenheit der Stadtverwaltung in Richtung aller (oder möglichst vieler) KundInnen im Sinne der Diversität und vermitteln bei ihnen ein positives Bild der Stadt Wien und ihrer Dienstleistungen für alle BürgerInnen.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die Steigerung der Produktivität der Verwaltung ist noch oder überhaupt schwer einzuschätzen, da es sich um ein Projekt handelt, das keine direkt "messbaren" Ergebnisse zulässt. Es geht um die erste Information für KundInnen, die verschiedenen Dienststellen der Stadt Wien "zugute" kommt, weil ihre KundInnen die Möglichkeit haben, im Vorfeld, die richtige Stelle zu finden und besser informiert ihre behördlichen Wege zu erledigen. Eine echte Steigerung liegt eher darin, dass auf Grund dieses ersten Schrittes auch die anderen Dienststellen des Magistrates vermehrt ihre Websites in verschiedenen Sprachen haben.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Im Vergleich zu den anderen österreichischen Städten (aber auch international) ist dieses Angebot relativ umfangreich und vielfältig, obwohl es sich nur um die Erstinformationen für NeuzuwanderInnen handelt. Ein solcher Zugang zur Integration der MigrantInnen ist auf jeden Fall nützlich sowohl für sie selbst als auch für die Verwaltung.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Andere Magistratsabteilungen und MA 17 sind auch in diese Richtung gegangen. Demnächst werden auch Teile der Website-Inhalte dieser Dienststellen in Sprachen der größten ZuwanderInnengruppen online sein.

Energiesysteme der Zukunft für die Gemeinden in der "Energierregion Strudengau"

Amtsmanager 2007: Vize-Bgm. Josef Bindreiter, AL Karl Schmidtberger (Projektleiter) sowie Vertreter von insgesamt 18 Gemeinden des Bezirks Perg, Oö

Bundesland Oberösterreich: „Gemeinden der Energierregion Strudengau“, Marktgemeinde Münzbach, Arbinger Straße 7, 4323 Münzbach, Tel.: 07264 4555, E-mail: gemeinde@muenzbach.ooe.gv.at

1. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie Kommunalverwaltung

1. Problembeschreibung

Die Etablierung eines regionalen Energiesystems kann neben Energieversorgungs- und -abhängigkeitsaspekten einen wesentlichen positiven Beitrag zur regionalen Strukturhaltung und zum Ausbau des Lebensraumes und damit verbunden mehr Eigenständigkeit für eine ländlich strukturierte Region des Mühlviertels erbringen.

2. Lösungsvorschlag

Das Projekt integriert sowohl die Energienachfrage von privaten und öffentlichen Verbrauchern, Haushalten, Betrieben sowie der Landwirtschaft und entwickelt ein optimiertes System im Hinblick auf die regionalen Ressourcen an erneuerbaren Energieträgern. Dadurch ist es möglich, dass das Energieversorgungs- und -aufbringungssystem (durch die Land- und Forstwirtschaft) an die lokale Wirtschaft sowie die privaten und öffentlichen Haushalte hinsichtlich künftiger Anforderungen angepasst werden kann.

3. Praktische Umsetzbarkeit

In den 18 Mitgliedsgemeinden (EGEM - Energiespargemeinden Land OÖ) werden derzeit mit Kooperationspartnern (TU Graz, Johannes Kepler Universität Linz, Biomasseverband Oö, Klimabündnis Oö usw) Energiedaten von jedem Gebäude erhoben, um so eine regionale Energiebilanz bzw in der Folge ein regionales Energiekonzept zu erstellen. Neben dem Energiebedarf für die Gebäudebeheizung und die Warmwasserbereitung werden in der Region die Energieträger Erdöl, Erdgas, Kohle, Koks und Strom sowie Treibstoffe zur Deckung des betrieblichen Nutzenergieertragsbedarfes und des Mobilitätsenergiebedarfes erhoben (Datenbank). Es wird eine Evaluierung hinsichtlich Energieeinsparpotentiale sowie der Nutzung nachwachsender Rohstoffe (mittels Pilotprojekten) vorgenommen (Machbarkeitsstudien).

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Die Land- und Forstwirtschaft stellt Energierohstoffe bereit. Durch die starke Einbindung der lokalen Wirtschaft bietet sich für energieverbrauchende Betriebe, aber auch öffentlichen Verbrauchern die Option, verstärkt erneuerbare Energien einzusetzen. (Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplungstechnologien; Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung; Prozess-, Nah-, und Fernwärmesysteme; Solarthermische Wärmebereitstellung; Strombereitstellung aus Abwärmeströmen, Biogas- und Holzgasherstellung). Das System soll die wirtschaftlichen Stärken der regionalen Unternehmen auf Basis der Nutzung heimischer erneuerbarer Energieträger weiter ausbauen.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Durch lokal vernetzte Energielösungen werden die regionale Zusammenarbeit gestärkt, die lokale Wertschöpfung und das Arbeitsplatzangebot verbessert, die Abhängigkeit von „Energieimporten“ verringert sowie der Klimaschutz gestärkt.



Liste der Projektteilnehmer bzw. Mitglieder des Teams:

Gemeinden / Marktgemeinden / Stadtgemeinden

Gemeinde Allerheiligen im Mühlkreis, Bgm. Johann Aistleitner, AL Martin Lehner
Gemeinde Windhaag bei Perg, Bgm. Anton Zuderstorfer, AL Wilhelm Burghofer
Gemeinde Rechberg, Bgm. Johann Thauerböck, AL. Friedrich Jahn
Gemeinde Arbing, Bgm. Georg Kragl, AL. Alois Pointner
Marktgemeinde Bad Kreuzen, Bgm. Manfred Nennung, AL Mag. Birgit Aigner-Brunhofer
Marktgemeinde Baumgartenberg, Bgm. Erwin Kastner, AL. Johann Hochgatterer
Marktgemeinde Dimbach, Bgm. Josef Weisinger, AL. Rudolf Freinschlag
Marktgemeinde Klam, Bgm. Josef Fraundorfer, AL. Johann Fürnhammer
Marktgemeinde Mitterkirchen im Machland, Bgm. Anton Aichinger, AL. Günther Schatz
Marktgemeinde Münzbach, Bgm. ÖkR. Ferdinand Strasser, AL Karl Schmidtberger
Marktgemeinde Naarn im Machlande, Bgm. Rupert Wahlmüller, AL Georg Gruber
Marktgemeinde Pabneukirchen, Bgm. Johann Buchberger, AL. Johann Mayrhofer
Marktgemeinde St. Nikola a d Donau, Bgm. NR-Abg. Nikolaus Prinz, AL. Hubert Radlmüller
Marktgemeinde St. Thomas am Blasenstein, Bgm. Johannes Nennung, AL. Gertrude Hofer
Marktgemeinde Saxen, Bgm. Ernst Haslinger, AL. Karl Engler
Marktgemeinde Waldhausen im Strudengau, Bgm. Franz Schaumüller, AL. Franz Geirhofer
Stadtgemeinde Grein, Bgm. Rupert Lehner, AL. Franz Leonhartsberger
Stadtgemeinde Perg, Bgm. Hermann Peham, AL. Josef Gassner

Amtsmanager 2007

Kategorie E-Government

<p>Zehn Jahre HELP.gv.at - der österreichische Amtshelfer</p>	<p>Bundeskanzleramt - Abt. I/13 - E-Government - Programm- und Projektmanagement</p> <p>Mag. Harald Müller</p>	<p>2. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>Coca-Cola Beverages Austria GmbH</p> 
<p>Qualitätsmanagement-System in allen 20 Arbeitsinspektoraten und Zentral-Arbeitsinspektorat - www.arbeitsinspektion.gv.at</p>	<p>Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit - Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion</p> <p>Arbeitsinspektorat für den 1./2./3./4./6. Aufsichtsbezirk</p> <p>Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten</p> <p>Arbeitsinspektorate Wr. Neustadt, St.Pölten, Linz, Salzburg, Graz, Leoben, Kärnten, Innsbruck, Bregenz, Eisenstadt, Krems, Wels, Vöcklabruck</p> <p>SC Dr. Eva-Elisabeth Szymanski Dr. Patrizia Jenner Alfons-Peter Vorauer (Projekteinreicher)</p>	<p>1. Hauptpreis 2.000 €</p>	<p>OMV AG</p> 

Amtsmanager 2007: Mag. Harald Müller (Projektleiter)

Bundeskanzleramt, Abteilung I/13 - E-Government - Programm- und Projektmanagement, Ballhausplatz 2, 1010 Wien, Tel.: 01 53115 4105, E-mail: harald.mueller@bka.gv.at

2. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie E-Government

1. Problembeschreibung

BürgerInnen und UnternehmerInnen wollen Ihre Amtswege rasch und unkompliziert erledigen. Gefragt sind dabei behördenübergreifende Lösungen, die rund um die Uhr umfassende Informationen sowie die sichere Abwicklung von Verfahren bieten.

2. Lösungsvorschlag

Auf HELP.gv.at werden seit 1997 komplexe Gesetzestexte zu vielen Lebenssituationen in besonders bürgerfreundlicher Sprache aufbereitet. Mit HELP-Business wurde 2001 ein eigener Bereich mit Inhalten für Gewerbetreibende geschaffen (Neugründung, Betriebsnachfolge, Franchising, laufender Betrieb, Mitarbeiter, Finanzen, Außenwirtschaft usw), der auch elektronische Verfahrensabwicklung anbietet (One Stop Shop). Barrierefreiheit und Zugänglichkeit wurden mit Umsetzung der höchstmöglichen Stufe "AAA" (nach WCAG) erreicht. 2006 konnten bis zu 2 Mio Seitenansichten pro Monat verzeichnet werden.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Die elektronische Abwicklung von Behördenwegen (via HELP-Business) vereinfacht und beschleunigt Anträge, Meldungen, Steuererklärungen etc und trägt so zur Kostenreduktion und zum Bürokratieabbau für die heimischen Unternehmen bei. Häufig genutzte Verfahren wie Anmeldung eines neuen Gewerbes oder Antrag auf Ausstellung einer Strafregisterbescheinigung (beide Verfahren werden bereits mit elektronischer Signatur angeboten) werden so erheblich erleichtert und beschleunigt. 2006 standen bereits 1234 Formulare - davon 363 als Online-Formulare - zur Verfügung.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Das in HELP.gv.at umgesetzte Prinzip der bürgerfreundlichen Beschreibung von Verfahrensabläufen und die Strukturierung nach Lebenslagen ist mittlerweile ein Modell, das von zahlreichen Bürgerservice-Portalen, nicht nur im deutschen Sprachraum, sondern auch von anderen EU-Staaten übernommen wurde. Unternehmer und Bürger erhalten notwendige Informationen zu Verfahrensabläufen. Die Inhalte sind immer aktuell, da sie die Redaktion von HELP.gv.at zentral wartet.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Ab Herbst 2007 werden auch österreichische Gemeinden durch HELP.gv.at die Möglichkeit erhalten, Inhalte zu Lebenssituationen und Verfahrensabläufen (z.B. zur Gewerbeanmeldung oder zum Vereinswesen) kostenlos und ohne großen Aufwand in ihren Internetauftritt zu integrieren. Diese Content-Syndizierung trägt dazu bei, den Durchdringungsgrad von HELP.gv.at noch weiter zu erhöhen und auch jenen, deren erste Anlaufstelle für Informationsbeschaffung die Gemeinde-Website ist, die qualitativen Inhalte von HELP.g

Qualitätsmanagement-System in allen 20 Arbeitsinspektoraten und Zentral-Arbeitsinspektorat - www.arbeitsinspektion.gv.at

Amtsmanager 2007: SC Dr. Eva-Elisabeth Szymanski, Alfons-Peter Vorauer (Projektleiter)

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion, Favoritenstrasse 7, 1040 Wien, Tel.: 01 71100 2420, E-mail: alfons-peter.vorauer@bmwa.gv.at

1. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie E-Government

Teil 1: Qualitätsmanagement-System in allen 20 Arbeitsinspektoraten und Zentral-Arbeitsinspektorat

1. Angaben zum Projekt und seiner Umsetzung:

Die Entwicklung und Implementierung des umfassenden Qualitätsmanagement-Systems begann im Jahre 2000 und wurde mit Oktober 2006 abgeschlossen. Das Qualitätssystem ist in allen Arbeitsinspektoraten und in den Schnittstellen zum Zentral-Arbeitsinspektorat eingeführt und in den Echtbetrieb übernommen.

Durch einen "Review-Zyklus" wird auch nach Ablauf der Implementierungsphase die erreichte Qualität erhalten und kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Die entscheidungsvorbereitenden Aktivitäten werden von Qualitätsbeauftragten aus dem Zentral-Arbeitsinspektorat und den Arbeitsinspektoraten gemeinsam geplant und durchgeführt. In die Arbeit an einer Verbesserung der Qualität der werden grundsätzlich alle Mitarbeiter/innen der Arbeitsinspektion, entsprechend ihrer Qualifikation und Aufgaben, eingebunden, da nur dadurch erreicht werden kann, dass der gewünschte Qualitätsstandard österreichweit realisiert wird.

2. Besondere Verdienste um die Verwaltungsinnovation:

Ziel des Projektes war die Sicherung und Weiterentwicklung des Leistungsstandards der Arbeitsinspektion, vor allem im Sinne einer offensiven Kundenorientierung, einer effizienten Arbeitsgestaltung und einer wirkungsorientierten Steuerung durch die Qualifizierung der Mitarbeiter zur Qualitätsarbeit.

Grundlage war unter anderem die Erfahrung, dass Glaubwürdigkeit in den Betrieben ein entscheidender Erfolgsfaktor ist, der Glaube der Mitarbeiter an den Wert der Tätigkeit und damit verbunden der Wunsch, besser zu werden und die Wirkung der Organisation zu erhöhen, die realistische Möglichkeit, internen Abläufe so zu optimieren, dass sowohl Wirtschaftlichkeit als auch Arbeitszufriedenheit verbessert werden und die Überzeugung, dass in der Arbeitsinspektion mehr Potential im Sinne von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten vorhanden ist, als zum Zeitpunkt des Projektstarts genutzt wurde.

Entscheidend war, dass sich der Qualitätsgedanke im Laufe der Zeit als Werthaltung in der gesamten Organisation durchsetzt und ein praktikables Modell in Form eines Handbuchs erarbeitet wird, das alle Mitarbeiter eigenständig und selbstverantwortlich in ihrem Bereich anwenden können.

3. Angaben zur Steigerung der Produktivität der Verwaltung:

Durch die Umsetzung einer Reihe von Teilprojekten konnten außerdem sowohl die Wirksamkeit, als auch die Effizienz der Arbeitsinspektorate verbessert werden, sodass trotz Reduktion der Personalressourcen, die Leistung gesteigert werden konnte:

- **Rahmenstrategie** im ArbeitnehmerInnenschutz für die Arbeitsinspektion, Umsetzung in Form von konkreten Strategien in den regionalen Arbeitsinspektoraten → es wurden

verstärkt regionale und bundesweite (z.B. Bäckerprojekt, Jahresarbeitsplan) Schwerpunkte gesetzt und in vielen Fällen gemeinsam mit den Interessenvertretungen umgesetzt.

- **Leistungskennzahlen:** Entwicklung eines Sets von Kennzahlen zur Messung und Steuerung der Qualität, Effektivität und Effizienz für die wichtigsten Produkte der Arbeitsinspektion → z.B. wurden im Jahr 2005 die Besichtigungsergebnisse in durchschnittlich 14 Tagen an die Unternehmen und die verantwortlichen Stellen übermittelt.
- **Prioritätensetzung im Außendienst:**
EDV unterstütztes Systems zur Auswahl der Betriebe für die Kontrolle, basierend auf der Gefährdung von ArbeitnehmerInnen, zur strategischen Steuerung der Arbeitsinspektorate → auf Arbeitsstätten mit hohem Gefährdungspotential - das sind etwa 1,5 % aller eingestuften Arbeitsstätten - entfielen im Jahr 2005 über 7 % der Überprüfungen.
- **e-government:** online Formulare für Meldepflichten im Arbeitnehmerschutz → 2006 wurde auf die angebotenen Formulare 28.500mal zugegriffen.
- **Management von Auslegungsfragen:** EDV unterstütztes Informations- und Weisungssystem zur effizienten Bearbeitung von möglichen Divergenzen bei der Auslegung von Arbeitnehmerschutzvorschriften. Einbindung der Arbeitsinspektorate (Praxisbezug) über das Intranet zur Sicherstellung einer homogenen Vollzugspraxis.
- **Intranet:** mit dem neuen Intranet-Portal der Arbeitsinspektion wurden Wissensmanagement, Informationsmanagement und Service in der Arbeitsinspektion realisiert. Aktuelle Fachinformationen, eine strukturierte Erlassdatenbank mit Volltextsuche und Foren für den Erfahrungsaustausch stehen österreichweit allen Mitarbeitern der Arbeitsinspektion zur Unterstützung einer effizienten Kundenbetreuung leicht zugänglich zur Verfügung.

4. Einstufung als best practice-Projekt:

Das Projekt wurde im Rahmen des „Topseminars Dialog Wirtschaft und Verwaltung“ im Zentrum für Verwaltungsmanagement im Schloss Laudon vom 22. bis 23.9.2005 Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung als best-practice-Beispiel vorgestellt. Von Seiten der Wirtschaft wurde der Arbeitsinspektion für ihren Wandel „vom Feindbild zum gesuchten Berater“ Lob ausgesprochen.

Das Projekt wurde vom Bundeskanzleramt als österreichisches best-practice-Beispiel für die 4th Quality Conference for Public Administrations in the EU vom 27. bis 29. September 2006 in Tampere ausgewählt und international vorgestellt.

Teil 2: Die Website der Arbeitsinspektion

1. Problembeschreibung

Der Arbeitsschutz ist eine außerordentlich komplexe Rechtsmaterie, in der auch technische und medizinische Aspekte eine zentrale Rolle spielen. Verantwortlich für die Umsetzung im Unternehmen sind die Arbeitgeber/innen, unterstützt von Präventivfachkräften (Sicherheitsfachkräften und Arbeitmediziner/innen und allenfalls sonstigen Fachleuten auf dem Gebiet von Sicherheit und Gesundheitsschutz). Die Arbeitsinspektion hat seit 2000 neben der Beratungstätigkeit vor Ort ihr Informationsservice konsequent ausgebaut. 2006 standen 44 Folder und Broschüren in mehreren Sprachen zur Verfügung. 110.000 Stück wurden von Unternehmen und Präventivfachkräften angefordert und unentgeltlich verteilt.

2. Lösungsvorschlag

Seit 2005 bietet www.arbeitsinspektion.gv.at online auf über 560 Seiten leicht lesbare, aktuelle und umfassende Informationen zu allen Themen des Arbeitsschutzes, 18 umfangreiche Formulare betreffend Meldepflichten im Arbeitsschutz und Publikationen der Arbeitsinspektion. 2006 gab es über 108 000 Downloads der Broschüren aus dem Internet. Die Besucheranzahl verdoppelte sich von 156 000 im Jahr 2005 auf 316 000 im Jahr 2006.

3. Praktische Umsetzbarkeit

Weiters bieten 20 regionale Unterseiten der einzelnen Arbeitsinspektorate für die Unternehmen Kontaktmöglichkeiten und Informationen aus den Aufsichtsbezirken. Die Information zu besonderen Themen wird ausgebaut: Erweiterung des Angebotes an Broschüren und Foldern in Fremdsprachen (z.B. Englisch, Türkisch, Serbisch, Kroatisch, Ungarisch), um den Arbeitgeber/innen die Erfüllung ihrer Unterweisungs- und Informationspflichten bei Arbeitnehmer/innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, zu erleichtern. 18 Formulare für Meldepflichten können am PC ausgefüllt und elektronisch versendet werden. 2006 wurde auf die angebotenen Formulare 28 500mal zugegriffen.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Die Arbeitsinspektion unterstützt die Betriebe bei ihren Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes. Die Informations- und Beratungsoffensive soll die praktische Umsetzung des Arbeitnehmerschutzes erleichtern.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Die einfache (elektronische) Kontaktmöglichkeit mit der Arbeitsinspektion ermöglicht einen Dialog und eine Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitnehmerschutz. Die Website der Arbeitsinspektion trägt so zur Vermeidung von Unfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen, zur Weiterentwicklung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sowie zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Arbeitsschutzes bei und hilft dadurch nicht nur menschliches Leid zu verringern, sondern auch volks- und betriebswirtschaftliche Kosten zu senken.

Liste der Projektteilnehmer bzw. Mitglieder des Teams:

SC Szymanski Eva-Elisabeth Dr., Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BERNSTEINER Peter Dipl. Ing., Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten
DATZINGER Friedrich Ing., Arbeitsinspektorat St. Pölten
DENK Walter Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk
EITERMOSER Monika, Arbeitsinspektorat Wiener Neustadt
FEICHTINGER Franz Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Linz
FRIMMEL Harald, Arbeitsinspektorat für den 4. Aufsichtsbezirk
FRÜHWIRTH Manfred Ing., Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten
GRIEBLER Tony Ing., Arbeitsinspektorat für den 6. Aufsichtsbezirk
GROF Ewald Ing., Arbeitsinspektorat Wiener Neustadt
GRUBHOFFER Wolfgang Dipl. Ing., Arbeitsinspektorat Wels
HAUK Alfred, Arbeitsinspektorat Linz
HUBER Elisabeth Dr., Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
JENNER Patricia Dr., Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
KONECNY Johann Ing., Arbeitsinspektorat Leoben
KRENN Sabine Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat für den 2. Aufsichtsbezirk
KURZTHALER Josef Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Innsbruck
LOIDL Ferdinand Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Linz
MARX Alexandra Dr., Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
MAZOHL Richard Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Wiener Neustadt
NOVAK Eva, Arbeitsinspektorat Linz

PILLER Ernst Dipl. Ing., Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
PINSGER Susanne Dr., Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk
REGOUTZ Egon Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Kärnten
REITER Walter Ing., Arbeitsinspektorat für den 3. Aufsichtsbezirk
ROSENBERGER Klaus Ing., Arbeitsinspektorat Kärnten
SCHEUER Christine Dr., Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk
SCHINKOVITS Günter Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Eisenstadt
SCHOBER Ulrike Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat für den 6. Aufsichtsbezirk
SCHUSTER Leopold Mag., Arbeitsinspektorat Krems
SEIFRIED-WEBER Heike Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Salzburg
STECHER Uwe, Arbeitsinspektorat für den 6. Aufsichtsbezirk
TAXACHER Hubert Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Leoben
THOM Dieter Dipl.-Ing., Arbeitsinspektorat Graz
VITH Alfons Dr., Arbeitsinspektorat Bregenz
VOGL Wolfgang Ing., Arbeitsinspektorat Vöcklabruck
VORAUER Alfons-Peter, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
ZIEGELMEYER Andreas Dr., Arbeitsinspektorat für den 1. Aufsichtsbezirk

Projekthandbuch zur Verfahrens- und Terminkonzentration - Anlagengenehmigung von Großprojekten und Großveranstaltungen in 4 bis 6 Wochen

Amtsmanager 2007: Bezirkshauptmann Mag. Martin Huber, Mag. Gerald Leitner, Marianne Salzl, Claudia Unger

Bundesland Burgenland: Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See, Eisenstädterstr. 1a, 7100 Neusiedl am See, Tel.: 02167 2521 4211, E-mail: bh.neusiedl@bgld.gv.at

3. Hauptpreis: 1000 EURO; Kategorie Anlagengenehmigungen

1. Problembeschreibung

Anlagen- und Veranstaltungsgenehmigungen bedürfen häufig Genehmigungen nach mehreren Rechtsvorschriften, wobei die Zuständigkeit mehrerer Behörden gegeben ist.

2. Lösungsvorschlag

Die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See (BH ND) hat ein Projekthandbuch zur Verfahrens- und Terminkonzentration entwickelt. Es stellt Arbeitspakete und -schritte, Beteiligte sowie eine Zeitleiste unabhängig von der behördlichen Zuständigkeit für eine umfassende Genehmigung nach sämtlichen Rechtsvorschriften für Anlagen- und Veranstaltungsgenehmigungen dar.

3. Praktische Umsetzbarkeit

- Gleichzeitige Abwicklung sämtlicher für ein Vorhaben erforderlichen Verfahren
- Rechtzeitige terminmäßige Planung aller Verfahrensschritte incl. Terminreservierungen für Besprechungen, Verhandlungen bis zur Bescheiderlassung
- Kundenbetreuung (Antragssteller, dessen MitarbeiterInnen und Fachfirmen, Sachverständige und ReferentInnen der BH) durch Aushändigung des Projekthandbuches mit der Definition der Arbeitspakete, den Verfahrensschritten, den Aufgaben, den Beteiligten und Parteien sowie der Terminplanung
- Eine Behörde als Ansprechpartner für sämtliche Anträge und Bewilligungen
- Anträge werden an andere zuständige Behörde weitergeleitet, Besprechungen und Verhandlungen finden gemeinsam statt
- Entscheidungskonzentration - alle Bewilligungen zum vereinbarten Termin

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

a) Bei Großprojekten und Veranstaltungsstätten: Ausgereifte Projektierung des Vorhabens, Langfristige und gezielte Planung, Rechtssicherheit durch die Genehmigung nach allen Rechtsvorschriften; b) Hinsichtlich Aufwand und Zeit: Kosteneinsparungen zB Aufwendungen für den Projektanten, MitarbeiterInnen, Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, Reduzierung der Behördengänge, Rasche und konzentrierte Erledigung (bündelt alle getrennt laufenden Verfahren, verkürzt Verfahrensdauer). Die Anlagengenehmigung bei Großprojekten und Großveranstaltungen wird in spätestens 4 bis 6 Wochen nach Antragsstellung erteilt.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Ein positiver Verhandlungsverlauf ist die „beste Werbung“ für das Projekt. Das Projekthandbuch ist für den Genehmigungswerber eine umfassende Arbeitsunterlage zur Erstellung sämtlicher Einreichunterlagen unter Berücksichtigung aller Rechtsvorschriften. Es erleichtert wesentlich die Planung in fachlicher und zeitlicher Hinsicht für den Projektwerber (optimale Kundenzufriedenheit). Das Projekthandbuch dient der Erreichung

einer hohen Qualität der Entscheidung bei Umweltschutz, Sicherheit und allen gesetzlichen Zielen.

Beschleunigung von Betriebsanlagenverfahren in Oberösterreich

Amtsmanager 2007: HR Ing. Dr. Hermann Felbermayr, HR Dr. Ulrike Jäger-Urban, w.HR Dipl.Ing. Peter Pfeffer, Dr. Werner Schiffner, MBA, Ing. Dr. Heinz Moosbauer

Bundesland Oberösterreich: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung - Abteilung Gewerbe, Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik, Abteilung Wasserwirtschaft; Wirtschaftskammer Oberösterreich, Adresse: Bahnhofplatz 1, 4021 Linz, 0732 7720 15120, E-mail: hermann.felbermayr@ooe.gv.at

1. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie Anlagengenehmigungen

1. Problembeschreibung

Die Dauer von gewerblichen Betriebsanlagenverfahren stellt den wichtigsten Standortfaktor für Betriebsansiedlungen dar. Obwohl in den letzten Jahren in Oberösterreich durch eine Reihe erfolgreicher Maßnahmen eine wesentliche Verkürzung der Verfahrensdauer auf im Schnitt 52 Kalendertage erreicht wurde, wird eine weitere Verkürzung auf unter 50 Tage bei gleichzeitiger Steigerung der Qualität angestrebt.

2. Lösungsvorschlag

- Optimierung des Prozessmanagements durch Vernetzung aller Strukturen (z.B. ergebnisorientierte Neuorganisation der Anlagensprechtage durch Erhöhung des Serviceangebotes)
- Qualitätssteigerung (z.B. durch Ausbildung und effizienten Einsatz der Sachverständigen)
- Verbesserung der Kommunikation mit den Kunden (z.B. Einführung von Wissensmanagement)
- Controlling (z.B. Monitoring von Betriebsanlagenverfahren mit neuem Schwerpunkt für Verfahren mit langer Dauer - über 6 Monate) nähere Details siehe Beilagen

3. Praktische Umsetzbarkeit

Abteilungsübergreifender umfassender Maßnahmenkatalog des Amtes der O.ö. Landesregierung ist gemeinsam mit den Bezirksverwaltungsbehörden bereits erfolgreich in Umsetzung.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Schnellere Verfahren sowie höhere Qualität durch vernetzte Strukturen und verbessertes Serviceangebot führen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Standortvorteile sichern die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen und steigern die Exportchancen der Betriebe.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Sicherung eines raschen und einheitlichen Vollzugs von Betriebsanlagenverfahren unter gleichzeitiger Wahrung einheitlicher Standards für Sicherheit und Umweltschutz.

Benchmarking zur Beschleunigung von Betriebsanlagenverfahren in Salzburg

Amtsmanager 2007: Ing. Arno Klement (Projektleiter), Dr. Karin Gföllner, Dr. Dieter Motzka, Dr. Ulrike Dengg, Dr. Werner Schwarzmann, Mag. Harald Wimmer

Bundesland Salzburg: Amt der Salzburger Landesregierung, Landesamtsdirektion, Stabsstelle für zentrale Aufgaben, BH Salzburg-Umgebung, BH Tamsweg, BH Hallein, BH St. Johann, BH Zell am See; Chiemseehof, 5020 Salzburg, Tel.: 0662 8042 2497, arno.klement@salzburg.gv.at

1. Hauptpreis: 2000 EURO; Kategorie Anlagengenehmigungen

1. Problembeschreibung

Das Land Salzburg hat als erstes und einziges Bundesland ein Landesgesetz zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren (Investitions-Beschleunigungsgesetz, LGBL Nr 1/1999, IBG, Blg. 1) erlassen. Dieses gibt den Behörden Ziele (kurze Fristen) für die Verfahrensabwicklung und die konzentrierte Durchführung von Verwaltungsverfahren vor.

2. Lösungsvorschlag

Landesweites Benchmarking zur Beschleunigung der Verfahrensdauer bei Anlagengenehmigungen aller Bezirksverwaltungsbehörden Salzburgs durch vollständigen, permanenten Controllingkreislauf für Anlagengenehmigungen: regelmäßige Standortbestimmung jeder Bezirkshauptmannschaft, Analyse und Feststellung des Handlungsbedarfes, regelmäßige Besprechungen der Verhandlungs- und Projektleiter zwecks Benchlearning, Managementberichte an Landesregierung, Landtag, Bezirkshauptleute, Verhandlungsleiter, softwareunterstütztes Prozesscontrolling der wesentlichen Verfahrensschritte.

3. Praktische Umsetzbarkeit

In 10 Jahren wurde die durchschnittliche Verfahrensdauer aller abgeschlossenen Anlagenverfahren der Salzburger Bezirkshauptmannschaften ab dem Zeitpunkt verhandlungsreifer Unterlagen um 74 % reduziert (von 113 Kalendertagen auf 30 Tage). Der Median (50 % der Verfahren) wurde von 52 Tagen auf 13 Kalendertage 2006 um 71 % beschleunigt. Mit dem institutionalisierten Benchmarking in Umsetzung des Investitions-Beschleunigungsgesetzes und dem Ausführungserlass mit der Anwendungsaufforderung auch für Bundesgesetze ist die vollständige und flächendeckende praktische Umsetzung gelungen. Dieses Beispiel kann jederzeit von anderen Ländern umgesetzt werden.

4. Vorteile für den Unternehmer, zB Potenzial an Bürokratieabbau, Kostenersparnisse, Einsparung in der Verwaltung

Raschere Anlagengenehmigungen für beantragende Unternehmer, Reduktion der Verhandlungstermine durch Verfahrenskonzentration (Bündelung von notwendigen Bewilligungen auf Grund verschiedener Rechtsvorschriften), Kostenersparnis durch Projektvorberatung zur Erreichung genehmigungsfähiger Projektunterlagen, raschere Rechtssicherheit durch mündliche Bescheidverkündung und damit verbundene Projektrealisierung, mit den durchschnittlichen kurzen Verfahrensszeiten und den gesetzlichen Zeitvorgaben ist eine entsprechende Planungssicherheit für die Unternehmer gegeben, 92 % aller 2006 beantragten Projekte wurden in diesen kurzen durchschnittlichen Verfahrensszeiten abgeschlossen.

5. Vorteile für die Erzielung höherer Standards, zB Sicherheit, Umweltschutz

Die kalkulierbaren Zeiten laut Investitions-Beschleunigungsgesetz werden weit unterschritten, die durchschnittliche Verfahrensdauer ab dem Zeitpunkt der Antragstellung

beträgt 83 Tage Dies gilt auch auch für konzentrierte Verfahren mit mehr als einer notwendigen Bewilligung.